



Presseschau vom 04.01.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: Kiew veröffentlicht Video von neuem Raketensystem – Einschüchterungsversuch?

Die ukrainische Armee hat ein Video mit Tests des Antriebs für das Raketensystem „Grom-2“ veröffentlicht. Ein Abgeordneter des russischen Unterhauses hat seine Auffassung zu den Hintergründen dieser Veröffentlichung geäußert.

Laut dem TV-Sender „112 Ukraine“ ist das Raketensystem für Tests vorbereitet. Das System soll gegen unbewegliche Einzel- und Gruppenziele eingesetzt werden. Die Reichweite des Raketenkomplexes soll 50 bis 280 Kilometer betragen.

Die Staatsführung der Ukraine habe das Video veröffentlicht, um die Zivilbevölkerung der Halbinsel Krim einzuschüchtern, ist sich der Vizechef des Staatsduma-Ausschusses für Angelegenheiten der Ethnien, Ruslan Balbek, sicher.

Kiew habe das Video von den Tests der neuentwickelten Rakete veröffentlicht „in der Hoffnung, der Krim-Bevölkerung die Neujahrsferien zu verderben“, sagte er gegenüber dem TV-Sender RT.

Damit signalisiere die Ukraine, dass sie die Krim-Brücke gefährden könne, denn bei der genannten Reichweite könnte eine Rakete theoretisch gesehen die Straße von Kertsch erreichen.

Dabei sei die gezeigte Präsentation des ukrainischen Raketensystems ausschließlich für die Zivilbevölkerung der Krim-Halbinsel bestimmt: „Die Gruppierung der russischen Truppen auf der Krim ist mit der ‚experimentellen Rakete‘ nicht einzuschüchtern“, äußerte Balbek.

Vorläufig könne man nur sehen, wie die abgefeuerte Rakete hinter den Horizont fliege, sagte er: „Wo sie (die Rakete – Anm. d. Red.) landet und wohin sie fliegt – dieses Geheimnis ist in Kiew als unbequeme Wahrheit mit sieben Siegeln versiegelt.“

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/eon23heDf5k" frameborder="0" gesture="media" allow="encrypted-media" allowfullscreen></iframe>
<https://youtu.be/eon23heDf5k>

vormittags:

armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **dreimal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **Dolomitnoje, Trudowskije und Shelesnaja Balka** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 3. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse - Anm. d. Übers.). Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 23. In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 7.

Wir erinnern daran, dass ab 1:00 (Moskauer Zeit) am 23. Dezember, gemäß einer Vereinbarung der Kontaktgruppe über die Wiederaufnahme ihrer Verpflichtungen durch die Seiten im Vorfeld der Winterfeiertage ein Waffenstillstand in Kraft getreten ist.

de.sputniknews.com: Zwei Militäranghörige bei Beschuss von Luftwaffenbasis Hmeimim getötet

Zwei Militäranghörige sind am 31. Dezember bei einem Beschuss des Luftwaffenstützpunktes Hmeimim ums Leben gekommen, teilte am Donnerstag das russische Verteidigungsministerium mit.

Der Luftwaffenstützpunkt soll nach Einbruch der Dunkelheit unter Beschuss von Granatwerfern geraten sein. Zwei Militärs seien an Ort und Stelle ihren Verletzungen erlegen. Derzeit würden syrische Sicherheitsbehörden die beteiligte Terroristengruppe suchen. Nun soll das Gelände um die Basis herum stärker bewacht werden.

Das Verteidigungsamt dementierte diverse Berichte, wonach bei dem Zwischenfall Hubschrauber und Flugzeuge zerstört worden seien.

Russland ist seit 2015 auf Bitte der syrischen Regierung an einer Anti-Terror-Operation in dem arabischen Land beteiligt. Der Löwenanteil der Infrastruktur der berüchtigten Terrormiliz Daesh (auch „Islamischer Staat“, IS) wurde von der russischen Luftwaffe zerstört. Anfang Dezember 2017 erklärte das russische Militär den endgültigen Sieg über den IS in Syrien. Kurz danach besuchte Präsident Wladimir Putin den russischen Luftwaffenstützpunkt Hmeimim in der nordwest-syrischen Provinz Latakia und ordnete den Rückzug eines Großteils der russischen Militärs aus Syrien an. Sowohl die Basis Hmeimim als auch die Marinebasis Tartus an der Mittelmeerküste sollen jedoch beibehalten werden.

Lug-info.com: Die tschechische Regierung hat Aktivisten die Sammlung von Mitteln zur Hilfe für die Kinder der Republiken des Donbass verboten. Dies teilte der tschechische Journalist, der Vorsitzende der gesellschaftlichen Organisation „Gesellschaft der Freunde der LVR und der DVR“ Jaromir Waschek mit.

„Das Außenministerium der Tschechischen Republik hat die öffentliche Sammlung von Mitteln für Schüler der LVR und der DVR untersagt, die unsere „Gesellschaft der Freunde der LVR und der DVR“ organisieren wollte“, sagte er.

Der Aktivist merkte an, dass die Beamten die Sammlung „unter dem Gesichtspunkt der Außenpolitik“ nicht für zielführend halten.

de.sputniknews.com: Deutschland ist skeptisch“: Gabriel kritisiert US-Waffenlieferungen an Ukraine

Deutschland ist skeptisch, ob Waffenlieferungen bei der Regelung der Lage im Donbass helfen. Dies sagte Bundesaußenminister Sigmar Gabriel bei einer Pressekonferenz in der ukrainischen Hauptstadt Kiew.

Der Minister übte Kritik am Plan der USA, die Ukraine mit Waffen zu unterstützen. Sein Eindruck sei, „wenn

„Wir sind in Deutschland skeptisch, ob Waffenlieferungen hilfreich sind. Aber das ist die Beurteilung aus einem Land, das in relativer Entfernung und in relativer Sicherheit lebt“, sagte Gabriel in Kiew laut Euronews.

Früher hatte das US-Außenministerium die Absicht des Weißen Hauses zur Versorgung Kiews mit „tödlichen Waffen“, unter anderem mit Anti-Panzer-Raketenkomplexen Javelin, bestätigt. Laut der Sprecherin des Auswärtigen Amtes der USA, Heather Nauert, und dem ukrainischen Außenminister Pawel Klimkin handle es sich „nur um Waffen für die Defensive“. Präsident Donald Trump hatte den Haushalt des US-Verteidigungsministeriums für das Finanzjahr 2018 unterzeichnet, der militärische Hilfen für Kiew in Höhe von 350 Millionen Dollar vorsieht. Nach dem Treffen in Kiew reist Gabriel am Donnerstag weiter in den Donbass. Dort will er mit Beobachtern der OSZE sprechen. Um den Friedensprozess voranzubringen, will der Bundesaußenminister möglichst schnell mit Russland, Frankreich und anderen Staaten die Bedingungen für die Entsendung von UNO-Blauhelmsoldaten aushandeln....

Dan-news.info: „Gestern gab es in **Kominternowo** eine Treffer in der Achmatowa-Straße auf das Dach eines Geschäfts und auf ein Wirtschaftsgebäude“, teilte der Leiter der Verwaltung des Nowoasowskij-Bezirks Anatolij Janowskij mit.

Informationen über Verletzte unter der friedlichen Bevölkerung sind bei der Verwaltung nicht eingegangen.

Ukrinform.ua: Deutschland für UN-Friedenstruppen im Donbass

Deutschland sei von der Notwendigkeit einer UN-Friedensmission im Donbass überzeugt und habe mit der Ukraine eine gemeinsame Vision in Bezug auf ihr Mandat, erklärte gestern der Außenminister von Deutschland, Sigmar Gabriel, auf einem Briefing in Kiew, berichtete ein Ukrinform-Korrespondent.

„Wir haben die gemeinsame Überzeugung, dass die UN-Friedensmission im Donbass eingesetzt werden muss, und das erfordert Bemühungen von uns. Es muss eine bewaffnete und starke UN-Mission sein, die sich im gesamten besetzten Gebiet befinden wird, und nicht eine kleine Gruppe, die die Vertreter der OSZE schützen und an der Trennlinie stehen wird. Sonst wird es eine neue Grenze in der Ukraine sein“, sagte Gabriel.

Er fügte hinzu, dass Deutschland, zusammen mit den französischen Partnern sowie den Ländern, die im UN-Sicherheitsrat sind, alles tun wird, um eine echte UN-Friedensmission im Donbass einzusetzen.

Wie Ukrinform berichtet hat, besteht die Ukraine auf dem Einsatz von UN-Friedenstruppen in dem gesamten Konfliktgebiet im Donbass und am Abschnitt der russisch-ukrainischen Grenze von einer Länge von 420 km sowie auf der Gewährung umfassender Rechte für sie. Außerdem ist Kiew strikt dagegen, dass der UN-Friedensmission Russen angehören.

de.sputniknews.com: Gabriels Donbass-Besuch abgesagt

Bundesaußenminister Sigmar Gabriel hat seine Reise zur Berührungslinie im Donbass wegen schlechten Wetters abgesagt, meldet dpa am Donnerstag.

„Wir haben Nebel, nicht politischen Nebel, sondern echten Nebel“, sagte der SPD-Politiker im ukrainischen Dnipro.

Er und sein ukrainischer Amtskollege Pawel Klimkin wollten den gemeinsamen Donbass-Besuch noch im Januar nachholen, „wenn das Wetter mitspielt“, fügte Gabriel hinzu. Klimkin bestätigte diese Entscheidung auf Twitter....



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31893/93/318939311.jpg>

ukrinform.ua: Ukraine und Deutschland unterzeichnen Abkommen über Beschäftigung der Familienangehörigen von Diplomaten

Der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel und der ukrainische Außenminister Pawlo Klimkin haben ein bilaterales Abkommen über die Beschäftigung von Familienangehörigen der Mitarbeiter diplomatischer Vertretungen und konsularischer Einrichtungen unterzeichnet, berichtete ein Ukrinform-Korrespondent.

Nach der Unterzeichnung des Dokuments haben die Außenminister Verhandlungen begonnen, bei denen die zentrale Frage die Rolle Deutschlands im Rahmen des „Normandie-Formats“ war. Die Minister besprachen weitere gemeinsame Maßnahmen zur Wiederherstellung der territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine sowie die Befreiung der ukrainischen politischen Gefangenen aus russischen Gefängnissen.

Klimkin und Gabriel haben auch die Fragen der bilateralen Zusammenarbeit diskutiert.

Dan-news.info: „Im Jahr 2017 ist es gelungen, eine Senkung der Kennziffern bei sozial bedeutsamen Erkrankungen zu erreichen: bei Tuberkulose ist der Erkrankungsstand im Vergleich zur Vorkriegszeit um 21 Prozent zurückgegangen und die Sterblichkeit daran ist im letzten Jahr im Vergleich zur Vorkriegszeit um 53% zurückgegangen“, teilte der Pressedienst

des Gesundheitsministeriums der DVR mit.

Auch bei AIDS ist eine Tendenz zur Rückgang der Erkrankungsrate zu bemerken. Zuvor hatte das Gesundheitsministerium mitgeteilt, dass die Ukraine zu den 12 Ländern Europas mit der höchsten Erkrankungsrate an Tuberkulose gehört. Vor dem Krieg haben die Kennziffern im ehemaligen Donezker Oblast den Landesdurchschnitt um 20-30 Prozent übertroffen. Dies erfolgte auf Grundlage einer einmaligen Konzentration von Risikofaktoren für die Tröpfcheninfektion des Virus: hohe Bevölkerungsdichte, hohe Urbanisierung, regionale Risikofaktoren für Erkrankungen der Atmungsorgane.

nachmittags:

de.sputniknews.com: Kiew droht, deutsche Firmen auf der Krim in die Finger zu bekommen – Außenminister

Deutsche Unternehmen, die ihre Tätigkeit auf der Krim trotz EU-Sanktionen ausüben, werden diesbezüglich Rede und Antwort stehen, meinte der ukrainische Außenminister Pawel Klimkin.

Klimkin bezeichnete das Gerichtsverfahren über die Lieferung der Siemens-Turbinen auf die Krim als eine „traurige Lehre für alle deutschen Unternehmen“.

„Wissen Sie, wir haben viel gemacht, damit der russische Betrug, wie es im Fall von Siemens und Turbinenlieferung auf die Krim war, nie wieder zustande kommt ... Ich glaube, das war eine traurige Lehre für alle deutschen und nicht nur deutschen Unternehmen“, verkündete Klimkin im Laufe der Pressekonferenz mit Bundesaußenminister Sigmar Gabriel.

Es gebe auch Firmen, wie Volkswagen und Adidas, die ihren Einzelhändlern erlauben würden, die Krim als russisch anzuerkennen. Die Ukraine werde solche Unternehmen unbedingt mithilfe politischer sowie rechtlicher Maßnahmen in die Finger bekommen, so Klimkin.

Zuvor haben die ukrainischen Behörden bekanntgegeben, einige Autokonzerne seien trotz Sanktionen auf der Krim tätig. Auf der Liste stehen Nissan, Toyota, Peugeot, Mitsubishi, Kia Motors, Volkswagen, Mercedes-Benz, Audi, Skoda, Isuzu, BMW, Renault und Lexus, die ihren Vertragshändlern auf der Halbinsel ein komplettes Servicepaket sowie Garantiewerke angeboten hätten.

Vertreter der Daimler AG sagten im Gespräch mit Sputnik, das Unternehmen habe seit 2015 keine Handels- und Servicepartner auf der Krim und beachte die EU-Sanktionen.

Wegen der verhängten Sanktionen dürfen EU-Firmen keine Geschäfte mit Immobilien auf der Krim und in Sewastopol durchführen. Auch finanzielle Transaktionen sowie die Zusammenarbeit in der Tourismusbranche mit lokalen Firmen sind wesentlich beschränkt.

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte weiter das Regime der Feueinstellung verletzt und mit Granatwerfern und Schusswaffen die Gebiete von **Dolomitnoje, Trudowskije und Shelesnaja Balka** beschossen.

Gestern um 10:45 hat die ukrainische Seite eine weitere **Provokation im Gebiet des Kontroll- und Passierpunkts „Marjinka“** durchgeführt. Als sich dort Zivilisten angesammelt hatten, wurde der **Passierpunkt mit einem großkalibrigen Maschinengewehr beschossen**. Danach hat die ukrainische Seite in Erwartung einer Erwidern des Feuers von Seiten der Streitkräfte der DVR einseitig den KPP geschlossen. Wir haben auf diese Provokation nicht reagiert und das Feuer nicht erwidert. Wir merken an, dass sich in diesem Zeitraum im Gebiet des KPP Vertreter der OSZE-Mission befanden. Wir rufen die OSZE-

Mission auf, eine sorgfältige Untersuchung zum Beschuss des KPP „Marjinka“ durch die ukrainischen Streitkräfte durchzuführen.

Wir haben bereits mehrfach über die Willkür von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte gegenüber den friedlichen Einwohnern auf von der Kiewer Regierung kontrollierten Territorien informiert. Es ist zu bemerken, dass die Spitzen bei den Plünderungen während der Rotation der Einheiten auftreten. In der letzten Zeit gab es Dutzende von Beschwerden von Einwohnern von Krasnogorowka im Bezirk von Awdejewka, das sich im Verantwortungsbereich der 25. Luftlandebrigade befindet, in der derzeit eine interne Rotation der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte stattfindet. Die Einwohner beschwerten sich, dass sie in ständiger Angst leben, von ukrainischen Plünderern bestohlen zu werden, und über das Fehlen jeglichen Schutzes von Seiten der Rechtsschutzorgane.

Außerdem ist bekannt, dass die für Mitte Januar geplante Rotation der 28. mechanisierten Brigade vom Scheitern bedroht ist. Dies steht im Zusammenhang mit dem Fehlen der Finanzierung von Seiten der Verteidigungsministeriums der Ukraine. Und jetzt macht sich das Brigadekommando wegen einer dringenden Auffüllung des Treibstoffvorrats Sorgen, weil die Technik derzeit nicht in der Lage ist, an die Verladestation zu gelangen.

Wie bekannt ist, hat Indien der Ukraine 130.000 Dosen Impfstoff gegen Tetanus als humanitäre Hilfe übergeben. Nach uns vorliegenden Informationen steht der Hauptteil dieser und anderer Medikamente bereits zur Lieferung in die ATO-Zone und zur Verteilung unter den Einheiten bereit. Diese Tatsache zeugt indirekt von der vom Kommando der ATO geplanten Eskalation des Konflikts. Das genannte Impfersum ist für die Rettung von Leben verletzter Soldaten vorgesehen und kann die Zahl tödlicher Verluste unter den ukrainischen Truppen senken. Tatsächlich könnte allerdings diese sogenannte „Fürsorge“ nur in den Träumen des ukrainischen Kommandos existieren, weil das knappe und teure Präparat traditionsgemäß während des Transports in die ATO-Zone gestohlen werden wird.

[Ukrinform.ua: Donbass: Marjinka unter Mörserbeschuss](#)

Die zweite Hälfte des letzten Tages, ab 15.30 Uhr, verging in der Zone der Antiterror-Operation (ATO) ohne Verletzungen der Waffenruhe, ließ das Pressezentrum des ATO-Stabs berichten.

„Aber in der ersten Hälfte des Tages haben die russischen Besatzungstruppen 5 Mal den Waffenstillstand in Donezker Richtung verletzt. Insbesondere feuerten die Rebellen mit 82-mm Mörsern auf unsere Verteidigungspositionen um Marjinka und das Bergwerk Butowka. Verschiedene Arten von Granatwerfern und leichte Infanteriewaffen haben die Invasoren in der Nähe von Awdijiwka und Wodjane und Kleinwaffen gegen die Armeestellungen bei Schyrokyne eingesetzt. Ukrainische Soldaten haben sich kein einziges Mal vom Aggressor provozieren lassen und das Feuer nicht erwidert“, heißt es im Bericht.

Der Stab stellte ferner fest, dass der Feind binnen des letzten Tages die Luftaufklärung intensiviert hat. Feindliche Drohnen, die durch Minsker Abkommen verboten sind, wurden im Raum des Switlodarsker Bogens und des Asowschen Meeres gesehen.

[de.sputniknews.com: Warschau zählt Ukrainer in Polen auf](#)

In den letzten Jahren hat Polen mehr als anderthalb Millionen Ukrainer aufgenommen, teilt der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki mit.

„Wir haben eineinhalb Millionen Ukrainer aufgenommen, ein großer Teil von ihnen sind Flüchtlinge aus dem Kampfgebiet im Donbass. Nach unserer Einschätzung stammen mindestens einige Zehntausend von dort“, so Morawiecki.

Die Länder in Mitteleuropa würden viel für Migranten tun, um die Lage an der Ostflanke der EU zu beruhigen, immerhin tobe Krieg im Osten der Ukraine. Polen habe auch viele Migranten und Flüchtlinge aus Tschetschenien aufgenommen, man meistere damit

offensichtlich die Herausforderungen der Migrationskrise, fügte Morawiecki hinzu. Zuvor hatte der ukrainische Außenminister Pawel Klimkin erklärt, die Ukrainer würden die polnische Wirtschaft retten.

de.sputniknews.com: Putin legt Wiederaufnahme des Flugverkehrs mit Kairo fest
Der russische Präsident Wladimir Putin hat ein Dekret unterzeichnet, das die Wiederaufnahme des Flugverkehrs zwischen Russland und der ägyptischen Hauptstadt Kairo vorsieht. Ein entsprechendes Dokument wurde auf dem amtlichen Portal für Rechtsinformationen veröffentlicht.

Russland und Ägypten hatten im Dezember bereits ein Protokoll über die Wiederaufnahme des 2015 eingestellten Flugverkehrs zwischen den beiden Ländern unterzeichnet, das jedoch nur Linienflüge zwischen Moskau und Kairo betrifft. Der Flugverkehr hätte demnach am 1. Februar aufgenommen werden sollen. Mithilfe des heute unterzeichneten Dekrets könnte dies aber womöglich früher geschehen.

Nach dem Sprengstoffanschlag vom 31. Oktober 2015, der die Verkehrsmaschine A321 über der Sinai-Halbinsel zum Absturz gebracht hatte, stellte Russland den Flugverkehr nach Ägypten ein.

Der Airbus A321 der russischen Fluggesellschaft Kogalymavia (Metrojet) war auf dem Weg von Scharm El-Scheich nach St. Petersburg gewesen. Kurz nach dem Start stürzte er über der Sinai-Halbinsel ab. Mit 224 Toten gilt das Flugzeugunglück als das schlimmste in der Geschichte der sowjetischen und russischen Luftfahrt

Lug-info.com: Pressekonferenz des Leiters der Koordination der Volksmiliz der LVR Oberst Michail Filiponenko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat eine **Tendenz zur Stabilisierung**, in den letzten 24 Stunden wurden **keine Beschüsse** von Seiten der Kiewer Truppen festgestellt. Aber die ukrainischen Streitkräfte konzentrieren weiter Kräfte und Mittel entlang der Kontaktlinie.

Heute Nacht ist in Nowotoschkowskoje eine Kolonne Waffen und Militärtechnik des Gegners mit 12 Fahrzeugen und drei Schützenpanzerwagen aus Nishneje eingetroffen.

Im Verantwortungsbereich der 10. Brigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Solotoje wurde eine Mörsermannschaft entdeckt.

An der Kontaktlinie im Gebiet von Popasnaja hat eine ukrainische Drohe Aufklärung betrieben.

In den Reihen der ukrainischen Streitkräfte gibt es weiter Fälle nicht kampfbedingter Verluste. Am 2. Januar entstand in der 10. Brigade der ukrainischen Streitkräfte während des Trinkens von Alkohol ein Streit zwischen Soldaten, in der Folge erlitt einer der Soldaten eine Schusswunde an der Schulter.

Im Quartier einer Einheit der 80. Brigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Olchowoje hat einer Soldat nach Alkoholgenuß ungeordnet das Feuer mit einem Maschinengewehr auf seine Kameraden eröffnet. In der Folge dieses Vorfalles wurde ein Soldat getötet, zwei wurden verletzt.

Beide Fälle werden traditionsgemäß gegenüber dem übergeordneten Kommando verheimlicht.

Im Zusammenhang mit sich häufenden Fällen von Diebstahl von Waffen und Munition in den ukrainischen Streitkräfte in der „ATO“-Zone ist eine Inspektionskommission des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte zur Kontrolle der Buchhaltung und der Lagerung der Raketenartilleriewaffen eingetroffen.

Am 3. Januar hat die Kommission mit der Überprüfung der 10. Gebirgstruppenbrigade der ukrainischen Streitkräfte im Raketenartilleriewaffenlager in Krasnaja Gora, Kreis

Artjomowsk, begonnen.

de.sputniknews.com: Wozu USA die Proteste im Iran ausnutzen – Russlands Außenministerium

Der russische Vizeaußenminister Sergej Rjabkow hat sich am Donnerstag dazu geäußert, wozu die USA die laufenden Proteste im Iran ausnutzen.

Laut Rjabkow versuchen die USA, die Haltbarkeit des Atomabkommens mit dem Iran zu verletzen, so der russische Sender RT.

Der Vizeaußenminister warnte auch die USA davor, sich in die inneren Angelegenheiten des Iran einzumischen.

Im Juli 2015 hatten sich der Iran und die Gruppe „5+1“ (Russland, die USA, Großbritannien, China, Frankreich und Deutschland) in Wien auf ein Atomabkommen geeinigt — mit dem Ziel, den Streit mit Teheran beizulegen. Laut dem Dokument baut der Iran keine Atomwaffen, darf aber Atomkraft zivil nutzen. Im Rahmen des Atom-Deals wurde der sogenannte Gemeinsame Umfassende Aktionsplan (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA) beschlossen. Bei Einhaltung aller darin vorgesehenen Festlegungen durch den Iran sollen die Sanktionen aufgehoben werden, die vom US- Sicherheitsrat, den USA und der EU gegen ihn verhängt worden waren.

Seit 28. Dezember finden in iranischen Großstädten, darunter in Teheran, Maschhad, Isfahan und Rascht, massenhafte soziale Protestaktionen statt. Der iranische Präsident Hassan Rouhani hatte erklärt, die jüngsten Massenproteste seien nicht nur auf interne Probleme des Landes, sondern auch auf Anstiftungen aus dem Ausland zurückzuführen. Medienberichten zufolge kamen bei den Unruhen bisher mindestens 21 Menschen ums Leben.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31890/44/318904425.jpg>

Dan-news.info: „Wir haben 2400 süße Geschenke für die Kinder der frontnahen Bezirke der DVR vorbereitet. Am 5. und 6. Januar wollen wir mit Abgeordneten in jede Ortschaft gehen und den Kindern zum Feiertag gratulieren“, sagte die Leiter des gesellschaftlichen Stabs für die frontnahen Bezirke der DVR, die Abgeordnete des Volkssowjets der DVR Jekaterina Martjanowa.

Sie erläuterte, dass die Abgeordneten am ersten Tag Alexandrowka, Staromichajlowka, Kremenez, Luganskoje und Signaolnoje besuchen werden (alle im Westen von Donezk) sowie Jasnoje bei Dokutschajewsk. Am zweiten Tag werden sie die Kinder in den frontnahen

Ortschaften Gorlowka, Jasinowataja sowie des Nowosoasowskij- und des Telmanowo-Bezirks besuchen.

Der gesellschaftliche Stab für die frontnahen Bezirke wurde auf Initiative des Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko bei der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ gebildet. Er wird von der Abgeordneten Jekaterina Marjanowa geleitet. Der Stab unterstützt die Einwohner in allen Bereichen, von Konsultationen bis zur Lieferung von Kohle, Brennholz, Medikamenten und Lebensmitteln.

de.sputniknews.com: Lettland: Sowjetische und nazistische Kriegsveteranen nun gleichgesetzt
Der lettische Präsident Raimonds Vejonis hat laut der Online-Zeitung Latvijas Vēstnesis ein Gesetz verabschiedet, das sowjetische und nazistische Kriegsveteranen gleichsetzt.

Bemerkenswert ist, dass das Gesetz nur für Bürger Lettlands gilt. Dem Präsidenten zufolge wird allen Einwohnern, die mit Stand vom 17. Juni 1940 Bürger Lettlands waren, der Status eines Teilnehmers des Zweiten Weltkrieges zuerkannt.

Die lettische Regierung erkenne aber keine rechtliche Verantwortlichkeit für die Tätigkeit der „Besatzungsbehörden“ an und präzisiere dabei, dass Lettland ein „besetzter Staat“ gewesen sei und sich an den Kriegshandlungen nicht beteiligt habe.

Zuvor hatte der Sejm von Lettland (Parlament) in zweiter Lesung einen Gesetzentwurf befürwortet, laut dem den Kriegsveteranen, die auf beiden Seiten der Front gekämpft hatten, der Status eines Teilnehmers des Zweiten Weltkrieges zuerkannt werden soll.

In der Annotation zum besagten Gesetzentwurf heißt es, Ziel dieses Schrittes sei es, die Verdienste der Bürger Lettlands anzuerkennen, die an dem Konflikt teilgenommen haben, unabhängig davon, gegen wen sie gekämpft haben: gegen Nazi-Deutschland und dessen Bündnispartner oder gegen die UdSSR.

Der Föderationsrat Russlands (Parlamentsoberhaus) hat inzwischen eine Erklärung verabschiedet, in der er die EU-Länder aufruft, diesen Gesetzentwurf zu verurteilen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/30849/86/308498610.jpg>

de.sputniknews.com: Entspannung zwischen Nord- und Südkorea – USA werden nervös
Auf der koreanischen Halbinsel deuten sich positive Anzeichen einer Entspannung an. Zum ersten Mal seit 2015 haben Vertreter von Nord- und Südkorea wieder direkte Telefongespräche geführt. Sichtbar nervös auf die Deeskalationsschritte reagierten ausgerechnet die USA.

Das Telefongespräch zwischen den beiden koreanischen Staaten in dem symbolischen Friedensdorf Panmunjeom an der Demarkationslinie am 3. Januar hat nur 20 Minuten gedauert, könnte jedoch auf einen großen Schritt zu einer umfangreichen Entspannung in der Region hindeuten.

Wie das südkoreanische Vereinigungsministerium am Mittwoch mitteilte, soll es zunächst nur um technische Details weiterer direkter Gespräche gegangen sein, dennoch zeige dieser Schritt, dass beide koreanischen Regierungen zu einer Deeskalation bereit seien. Bereits am 9. Januar sollen auf Vorschlag aus Seoul Gespräche auf hoher Ebene geführt werden, bei denen möglicherweise der Weg aus der militärisch angeheizten Situation besprochen werden wird.

Wie das russische Nachrichtenportal „Wsgljad“ schreibt, ist ausgerechnet der nordkoreanische Staatschef Kim Jong-un der Initiator der neuerlichen Entspannung gewesen – also der Mann, den US-Präsident Donald Trump als den Hauptverantwortlichen für die Eskalation auf der koreanischen Halbinsel sieht.

Bereits bei seiner Neujahresansprache gab Kim Jong-un zu verstehen, dass die Olympischen Winterspiele in Südkorea in diesem Jahr zu einem guten Anlass für die Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen werden könnten und erklärte, dass Nordkorea auch eine Delegation zu den Spielen in Pyeongchang schicken könnte.

„Wir hoffen, dass die Winterspiele ein Erfolg werden“, sagte der nordkoreanische Staatschef. Er betonte, dass Nordkorea hierzu den notwendigen Beitrag leisten wolle sowie dass die militärischen Spannungen möglichst reduziert werden sollten, um ein „friedliches Umfeld“ für die Spiele vorzubereiten.

Südkorea zeigte sich völlig offen für jegliche Entspannungsoptionen und Gespräche. Seoul sei ungeachtet des Zeitpunkts, Orts oder Formats zu Gesprächen bereit, hieß es aus dem Büro des südkoreanischen Präsidenten Moon Jae.

Nervosität aus Übersee

Ausgerechnet die Vereinigten Staaten, die sich gerne als Garant für die Stabilität in der pazifischen Region sehen, zeigten sich dagegen sichtbar nervös über die neuerliche Entspannung zwischen Pjöngjang und Seoul.

So erklärte Heather Nauert, die Sprecherin des United States Department of State, schon drei Stunden vor dem Telefongespräch, dass die nordkoreanische Entspannungsinitiative nur einen Keil zwischen den USA und Südkorea treiben wolle, aber Washington dies nicht zulassen würde.

Zwar gab sie zu, dass es eine südkoreanische Angelegenheit und „ihre eigene Wahl“ sei, ob Seoul mit Pjöngjang verhandeln wolle, jedoch brachte sie auch ihr Misstrauen demgegenüber zum Ausdruck.

Es sei „normal“, dass Seoul und Pjöngjang verhandeln wollten, jedoch würden die USA nicht glauben, dass „Kim Jong-un ehrlich ist und man ihm trauen kann“.

Im letzten Jahr ist die Situation rund um die koreanische Halbinsel massiv eskaliert. Die USA und Nordkorea beschuldigten sich gegenseitig der Aggression und stärkten gleichzeitig ihre eigenen militärischen Potentiale: Pjöngjang durch das Ausbauen seines Atom- und Raketenprogramms, die USA durch zahlreiche Militärmanöver in der Nähe Nordkoreas.

Abends:

de.sputniknews.com: „Totalitarismus der 30er Jahre“: Sacharowa zu Journalisten-Ausweisung aus Lettland

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, hat in einer Facebook-

Mitteilung die Ausweisung von zwei russischen Journalisten aus Lettland kommentiert, die in den ersten Tagen des neuen Jahres erfolgt ist.

Zuvor war bekannt geworden, dass ein russisches Journalisten-Ehepaar aus Lettland ausgewiesen worden war, weil es angeblich die nationale Sicherheit des Landes gefährdet hätte.

Die Vorwürfe der lettischen Behörden gegenüber den beiden Journalisten nannte sie absurd und rief internationale und Nichtregierungsorganisationen, die sich mit Meinungsfreiheitsschutz befassen, dazu auf, das Vorgehen der Lettischen Behörden zu beurteilen.

„Die Erzählungen über ‚Gefahren für die nationale Sicherheit‘ riechen nach den Zeiten des Totalitarismus der 30er Jahre in Spanien und Deutschland“, äußerte sie. Riga verletze deutlich und grob seine völkerrechtlichen Verpflichtungen im Bereich Meinungsfreiheit und missachte die Grundakten der UNO, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und des Europarates.

Der russische Journalist Anatolij Kurlajew, der für den TV-Sender TWZ tätig ist, war mit seiner Ehefrau, Olga Kurlajewa, Reporterin des TV-Senders „Rossijy 24“, in Lettland auf Urlaub gewesen, als er am Dienstag in der lettischen Hauptstadt Riga von Polizeibeamten festgenommen und am Mittwoch aus dem Land ausgewiesen wurde.‘

Laut einem Dokument, das Kurlajew von der Polizei erhielt, ist ihm die Einreise nach Lettland seit 2015 unbefristet verweigert. Kurlajew schade mit seiner Tätigkeit der Lettischen Republik, hieß es. Der Grund dafür sei seine berufliche Tätigkeit, vermutete der Journalist: Er sei in Lettland nie straffällig geworden.

Am Donnerstag wurde auch Olga Kurlajewa von der lettischen Polizei festgenommen und angewiesen, das Land binnen 24 Stunden zu verlassen. In dem Dokument, das sie von den lettischen Behörden erhielt, hieß es ebenfalls, sie werde verdächtigt, die nationale Sicherheit von Lettland zu gefährden.

Als dieser Beitrag verfasst wurde, war Kurlajewa in das Migrationszentrum in Muzenieki gebracht worden. Wie ein Bekannter von ihr der Nachrichtenagentur RIA Novosti mitteilte, hatten die Lettischen Behörden beschlossen, die Journalistin bis zur Grenze zu Russland zu befördern. Eine Flugkarte zu kaufen wurde ihr nicht erlaubt.

[Ukrinform.ua: Gastransit durch Ukraine im letzten Jahr war ein Rekord in letzten 8 Jahren](#)
Der Transit von Erdgas durch das ukrainische Gas-Transport-System (GTS) nach Europa in 2017 hat einen Rekordkennwert in den letzten 8 Jahren aufgezeigt - 93,5 Milliarden Kubikmeter.

Darüber berichtet die ukrainische offene Aktiengesellschaft „Ukrtransgaz“.

„Der Gastransit durch das Territorium der Ukraine hat einen Rekordwert in den letzten 8 Jahren erreicht. Insgesamt sind im Berichtsjahr durch das ukrainische Gastransportsystem 93,5 Milliarden Kubikmeter Erdgas an die europäischen Verbraucher durchgeleitet worden, was um 13,7 % die Kennwerte des Jahres 2016 übersteigt“, heißt es im Bericht.

[de.sputniknews.com: Kiew wollte russische Pipelines sprengen – ukrainischer Vizeminister](#)
Ein großer Teil des russischen Exportgases wird über Pipelines auf ukrainischem Territorium in den Westen transportiert, die somit von großer energiepolitischer Bedeutung für ganz Europa sind. Nun hat der ukrainische Vizeminister für die okkupierten Regionen, Jurij Grymtschak, eine brisante Aussage über einstige Pläne Kiews gemacht.

Laut Grymtschak hatte die ukrainische Regierung in den Anfängen der Ukraine-Krise in den Jahren 2014-2015 die Pläne gehabt, die russischen Pipelines, die Erdgas nach Europa transportieren, zu sprengen. Dies erklärte er in einer Sendung des Kiewer Fernsehsenders Zik.
„Glauben Sie, es hat keine Pläne gegeben, das (russische – Anm.d.Red.) Gaspipelinesystem

von unserer Seite zu sprengen? (...) Ich rede hier über Staatspläne“, zitiert die Nachrichtenagentur „RIA Nowosti“ den Politiker.

Diese Pipelines seien einer der wenigen Faktoren, die eine massive Ausweitung der Kriegshandlungen verhindert hätten. Genau deshalb tue Russland auch „alles“, um andere Transportwege „in Umgehung der Ukraine“ zu bauen, so Grymstschak.

Damit bezog sich der Vizeminister sichtlich auf die deutsch-russischen Energieprojekte „Nord Stream“ und „Nord Stream 2“, die den direkten Transit von russischem Gas nach Deutschland, und somit in die EU, gewährleisten sollen.

Kiew befürchtet in diesem Zusammenhang den Verlust der für das gebeutelte Staatsbudget wichtigen Transitgebühren sowie des politischen Einflusses als das einst wichtigste Gastransitland zwischen Russland und der EU.

Das Projekt „Nord Stream 2“ sieht die Verlegung von zwei weiteren Pipelinesträngen bis zur deutschen Küste vor. Die Gesamtkapazität der Pipeline soll 55 Milliarden Kubikmeter Gas im Jahr erreichen.

Sie soll neben der bereits funktionierenden Nord-Stream-Pipeline auf dem Meeresgrund der Ostsee verlegt werden.

Die Route führt insbesondere durch die ausschließlichen Wirtschaftszonen Russlands, Finnlands, Schwedens, Dänemarks und Deutschlands.